

Rede bei der Kundgebung des Stuttgarter Bündnisses «Stoppt das Töten in der Ukraine» auf dem Schlossplatz am 10. September von Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter.

Es gilt das gesprochene Wort

Pressezitat:

Martin Gross: „Anderthalb Jahre wurde die Ukraine von Deutschland mit immer mehr und immer schwereren Waffen unterstützt. Dem von uns allen erwünschten und erhofften Ziel, Putin zurückzudrängen, hat es uns keinen Meter nähergebracht. Ich halte es körperlich fast nicht mehr aus: Jeden Tag sterben hunderte Menschen, auf beiden Seiten, für Geländegewinne von wenigen Metern hin oder her. Ganze Landstriche werden zerschossen und zerbombt, auch mit Streubomben, und damit für Jahre unbewohnbar gemacht.

Die Stimmen der Friedensbewegung wurden anderthalb Jahre ignoriert und auch diffamiert. Es ist an der Zeit, unsere Vorschläge, wie Waffenstillstand und Friedensverhandlungen erreicht werden können, endlich ernst zu nehmen.“

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde,

unsere Bevölkerung ist nicht gespalten in der Frage, dass wir die Ukraine unterstützen. Wenn Nachbarn oder Freund:innen unterschiedlicher Meinung sind zum Thema Waffenlieferungen, dann reden sie darüber oder klammern das Thema aus. Sie schreien sich aber nicht an oder brechen den Kontakt ab, wie zum Teil noch unter Corona.

Es geht also kein Riss durch die breite Bevölkerung in diesem Land, nicht in dieser Frage. Das ist Unsinn. Das Gegenteil ist richtig: Unterschiedliche Meinungen darüber, was in einer schwierigen Situation der richtige Weg ist, sind das Herz einer Demokratie.

Schwierig ist nicht, dass es unterschiedliche Meinungen zur Frage der Waffenlieferungen gibt, schwierig ist, wie die öffentliche Debatte in neuen und auch alten Medien, in der Politik selbst geführt wird. Und wie an diesen Stellen mit anderen Meinungen umgegangen wird.

Bei meiner Gewerkschaft ver.di haben wir auf der Landesbezirkskonferenz im Frühjahr intensiv über die richtige Ukraine-Politik diskutiert, gerungen. Alle Meinungen waren vertreten. Aber das beeindruckende und wichtigste Ergebnis dieser Debatte war für mich: wir können mit einander um die richtigen Antworten ringen, ohne uns persönlich angreifen zu müssen.

Ein typisches Beispiel, wie die öffentliche Debatte leider immer noch oft geführt wird:

In einem Leitartikel Anfang August in einer großen baden-württembergischen Tageszeitung wurden wir, die wir heute hier stehen, die gegenwärtige Friedensbewegung seit dem 24. Februar 2022, in drei Gruppen aufgeteilt:

Da gebe es die Pazifisten, die reinen Herzens aber naiv für Frieden und Abrüstung sind. Also nicht verstehen oder verstehen wollen, dass die Welt halt schlechter ist, als sie es sich wünschen.

Die zweite Gruppe würde aus den Überforderten bestehen: Menschen, die sich vor einer nuklearen Eskalation fürchten oder vor hohen Gaspreisen.

Und die dritte Gruppe seien obskure Antiamerikanisten und Putinverstehher.

Meine Wahrnehmung der Debatten der letzten anderthalb Jahre ist: Dieser Leitartikel steht exemplarisch für die Art, wie man der Friedensbewegung begegnet: Viele Vorurteile und wenig Auseinandersetzung mit unseren Argumenten.

Ich finde es ist höchste Zeit, dass man uns endlich zuhört. Demokratie heißt nicht, dass eine Gruppe, die sich moralisch unantastbar findet, jeglichen Diskussionen über die Ausrichtung ihrer und damit der Politik unseres Landes aus dem Weg geht.

Hinter uns liegen jetzt anderthalb Jahre Entsetzen und Erschütterung über den Angriff von Putin auf die Ukraine. Dieses Gefühl teilen wir wahrscheinlich alle, darauf können wir uns einigen.

Und hinter uns liegen anderthalb Jahre, in denen die Leitlinie der Politik und der Diskussionen war, Waffen zu liefern, und wenn diese nicht reichen, mehr und schwerere Waffen zu liefern.

Ich glaube wir sind gut beraten, uns das Ergebnis dieser Politik ehrlich anzuschauen. Die Frage, wie und mit was die BRD, die Ukraine, ich möchte ausdrücklich betonen: die Menschen in der Ukraine, am besten unterstützen kann ist hochgradig moralisch aufgeladen.

Weil jeden Tag Menschen sterben müssen, weil Putin am 24. Februar einen Angriffskrieg begonnen hat. Und trotzdem, trotz unserer Verantwortung für Solidarität mit der Ukraine, sollten wir unsere Politik auf den Prüfstand stellen.

Was wir dann sehen, halte ich körperlich fast nicht mehr aus. Jeden Tag sterben hunderte Menschen, auf beiden Seiten, für Geländegewinne von wenigen Metern hin oder her. Ganze Landstriche werden zerschossen und zerbombt, auch mit Streubomben, und damit für Jahre unbewohnbar gemacht.

Jede Eskalation auf der einen Seite führt zur Eskalation auf der anderen Seite. Berichten zufolge ist die Hälfte der von Deutschland gelieferten Panzer inzwischen zerstört, und die ukrainischen Soldaten darin bitterlich verbrannt. Den Frontverlauf haben sie nicht verändert. Dem Frieden haben sie uns keinen Millimeter nähergebracht.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
niemand weiß in dieser dramatischen Situation sicher, was richtig ist.  
Auch wir nicht. Aber wer die Augen und Ohren nicht völlig  
verschließt, weiß, dass die bisherige Politik zur Unterstützung der  
Ukraine das Sterben nicht beendet.

Deshalb nun ein paar Gedanken und Fragen nach bald zwanzig  
Monaten Krieg, die mich persönlich umtreiben:

Wir sind alle erschüttert über den russischen Zivilisationsbruch. Krieg,  
Gewalt und Zerstörung schienen in Europa im 21. Jahrhundert  
endlich endgültig überwunden. Putin hat dies zerstört. Aber das  
zwingt uns nicht, Krieg wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen  
Mitteln zu akzeptieren. Krieg bleibt barbarisch und gehört weiter  
geächtet.

Angst ist ein schlechter Ratgeber, sagen uns selbsternannte und  
echte Expert:innen, wenn wir offen aussprechen, dass wir uns vor  
einer nuklearen Eskalation fürchten.  
Diese würde Putin nicht riskieren, wir brauchen uns nicht zu fürchten.  
Viele dieser Expert:innen hatten den Einmarsch Putins in der Ukraine  
nicht vorhergesagt.  
Angst muss kein schlechter Ratgeber sein!

Ja, die Bundeswehr muss gut ausgerüstet sein. Aber nein, das heißt  
nicht, dass sie auch aufgerüstet werden muss. Wir alle wissen: mehr  
Geld für Rüstung bedeutet immer weniger Geld für soziale Aufgaben,  
wie Sanierung der Schulen, existenzsichernde Renten, ein  
funktionierendes Gesundheitswesen und vieles mehr!

Wir haben das Recht, in diesem Krieg parteiisch zu sein, dürfen aber  
nicht zur Kriegspartei werden. Der Überfall ist durch nichts zu  
entschuldigen, die Verbrechen und Gräueltaten gehören verurteilt.

Entspannung und Annäherung sind gescheitert, so das Fazit von  
vielen. Wir waren naiv, jetzt müssen wir alle in der Realität

ankommen. Ich sehe das nicht so: Die Entspannungspolitik und Annäherung hat uns allen eine der längsten Friedenszeiten in Europa gebracht. Dafür bleibe ich dankbar, und das muss auch unser Ziel bleiben.

Der schreckliche Krieg erinnert immer mehr an die Westfront im ersten Weltkrieg, Zigtausende sterben für minimale Geländegewinne. Vielleicht gibt es sinnvolle Ziele für Kriege, ich habe da meine Zweifel. Aber Sterben im Grabenkrieg ist nur noch sinnlos.

Bis jetzt hat jede Steigerung der Kriegsaktivitäten auf einer Seite zu einer Steigerung auf der anderen Seite geführt. Putin trägt die alleinige Schuld am Beginn dieses Krieges, er ist verantwortlich für das Sterben in der Ukraine. Aber das entlässt uns alle nicht aus der Verantwortung, uns für die Beendigung des Krieges einzusetzen.

Die ukrainische Regierung darf selbstverständlich selbst entscheiden, was sie von uns erwartet, was sie von uns fordert. Aber wir dürfen, ja wir müssen natürlich selbst entscheiden, was wir für richtig und angemessen halten.

Rote Linien sind zum Einhalten da, nicht zum Verschieben. Wir alle wissen wie schnell aus Panzern zur Verteidigung Panzer zum Angriff wurden. Wie Kampffjets und jetzt sogar geächtete Waffen auf der Liste stehen. Wir sollten mal wieder durchatmen. Zögern und Zaudern sollte kein Vorwurf an die Politik sein, wenn es eine rationale Handlung darstellt.

Die These der Befürworter immer größerer Waffenlieferungen, alleine die Ukraine habe zu entscheiden, wie viele Menschen noch geopfert werden für die vollständige Befreiung ihres Landes, halte ich für schwierig, ja zynisch:

Denn diese Befürworter machen sich bei der Beantwortung der moralisch vielleicht schwierigsten Frage der Gegenwart einen ganz

schlanken Fuß. Aber diese schreckliche Frage muss jede und jeder für sich beantworten.

Die Befürworter können nicht uns die Verantwortung für die angebliche Unterwerfung der Ukraine zu schieben, weil wir gegen weitere Waffenlieferungen sind. Aber selbst keine Verantwortung für die Eskalationsspirale des Sterbens von vielen Menschen – durch immer mehr Waffen - übernehmen.

Ob weniger Waffen Frieden in der Ukraine ermöglichen können, weiß ich natürlich nicht. Aber mehr Waffen bringen mehr Tote, das weiß ich.

Wer für Waffenstillstand und Verhandlungen plädiert, entschuldigt nicht die Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Putin-Regimes. Sollte es gelingen, eine halbwegs stabile Friedensordnung zu etablieren, werden wir die Verbrechen Putins nicht vergessen.

Wir können stolz sein, wie gesellschaftlich geräuschlos wir über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen haben. Und uns ein wenig schämen, wie ungleich schwerer uns dies mit Geflüchteten aus Syrien und anderen Ländern fällt. Für mich gibt es keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse.

Es ist meine feste Überzeugung, dass dieser Krieg nicht mit Waffen beendet wird, sondern nur durch Verhandlungen. Wahrscheinlich mit schmerzhaften Ergebnissen für beide Seiten!

Wer für Verhandlungen ist, ist nicht für Putin und gegen das ukrainische Volk. Sondern gegen Krieg und für Frieden!

Und dafür, dass dieses sinnlose Töten auf beiden Seiten ein Ende findet! Und an die Politik gerichtet: -Gebt der Diplomatie endlich eine Chance!